



Zweispurig führt die B 27 am Gelände der Kurklinik in Mössingen-Bad Sebastiansweiler vorbei. Beim Ausbau der Schnellstraße sind dort gewaltige Steilböschungen und Erdwälle vorgesehen, nachdem der Bundesrechnungshof gegen die Galerielösung opponiert hatte. Foto: Visel

## Kreis fordert grüne Welle in Tübingen

Zollernalb drängt weiter auf schnellen Ausbau der B 27

Von Bernd Visel

**Balingen. B 27 und kein Ende:** Gestern hat sich der Kreistag erneut für den weiteren Ausbau der Bundesstraße in Richtung Tübingen und den Einstieg in die Planung in Richtung Rottweil ausgesprochen.

Mit der Landtagwahl am 27. März hätten sich nicht alle Themen erledigt, sagte Landrat Günther-Martin Pauli. Der Erste Landesbeamte Matthias Frankenberger erläuterte kurz den Bau- beziehungsweise Planungsstand und betonte, dass auch der Tübinger OB Boris Palmer (Grüne) hinter dem Schindhaubasistunnel in Tübingen stehe.

Der FWV-Fraktionsvorsitzende Jürgen Weber bemängelte, dass keine Vertreter des Regierungspräsidiums anwesend seien. »Das Ding ist kein

Selbstläufer.« Daher gelte es, weiter hartnäckig an der Sache dran zu bleiben. Hans-Martin Haller forderte für die SPD-Fraktion, das Land müsse mit den Ausbauplanungen für die B 27 zwischen Balingen und Rottweil beginnen, weil der Streckenabschnitt nur dann in den vordringlichen Bedarf im Rahmen der Fortschreibung des Bundesverkehrswegeplans aufrücken könne. Zudem solle der Zollernalbkreis bei der Stadt und beim Landkreis Tübingen darauf hinwirken, bis zum Bau des Tunnels alle Möglichkeiten zur »Flüssighaltung des Durchgangsverkehrs im Bereich Tübingen« auszunutzen. »Die grüne Stadt Tübingen muss auch die Technik der grünen Welle beherrschen.« Dies, so Pauli, habe die Kreisverwaltung bereits in Tübingen vorgebracht, aber noch keine Rückmeldung erhalten.

Edmund Merkel betonte, die CDU unterstütze alles,

was der Sache dienlich sei. Denn das Oberzentrum Tübingen-Reutlingen habe auch Verantwortung für den Zollernalbkreis.

Das Regierungspräsidium (RP) Tübingen hat gegenüber der Kreisverwaltung erklärt, dass an den beiden B 27-Abschnitten von Dußlingen bis zum Umspannwerk Nehren sowie von dort bis nach Bodelshausen im Zuge der Osterdinger Umgehung »zügig weitergearbeitet« werde. So geht das RP davon aus, dass der Durchgangsverkehr im Frühjahr 2012 in die Weströhre in Dußlingen gelegt werden könne.

Für den Abschnitt bis Bodelshausen soll bis Ende 2012 die Zustimmung des Bundesverkehrsministeriums vorliegen. Dann könnte das Planfeststellungsverfahren eingeleitet werden. In Sachen Schindhaubasistunnel hofft das RP auf eine baldige und positive Entscheidung.

## Die Motive sind unklar

Gericht verhandelt versuchten Totschlag

Von Matthias Badura

**Albstadt/Hechingen.** Die Folgen einer unbedeutenden Remperei bei einem Rockkonzert in der Zollernalbhalle überlebte ein Besucher im vergangenen Oktober nur durch Glück. Die Klinge, die sein Kontrahent gegen ihn zückte, verfehlte ihn beim Zustoßen nur um Haarsbreite. Was wollte der Täter, als er die Waffe zog? Seinem Gegner »Angst einjagen«, wie er der Polizei sagte? »Ein bisschen Streit suchen«, wie er vor der Großen Jugendkammer des Landgerichts Hechingen erklärte? Oder wollte er den anderen »kalt machen«? Das hatte er dem psychiatrischen Gutachter gleich nach seiner Verhaftung erzählt.

Am gestrigen Verhandlungstag eins unter dem Vorsitz von Richter Herbert Anderer zeichnete sich noch kein klares Bild über die Motive des inzwischen 20-Jährigen ab. Widersprüchlich waren auch seine Aussagen zum Rauschmittelkonsum am fraglichen Tag. Vermutlich war der Angeklagte weit weniger betrunken, als er mit seiner Darstellung exzessiven Genusses von Wodka, Bier und Rum Glauben machen wollte.

Unklar blieben auch einige Stellen seines Werdeganges. Zum einen stellte sich der bisherige Lebensweg des 20-Jährigen als eine einzige, regelrecht verwirrende Serie von Unterbringungen in Erziehungshilfe-Anstalten dar, durchsetzt mit Aufenthalten

in Jugendpsychiatrischen Kliniken sowie Phasen, die er wohnungslos bei Kumpels verbrachte. Daneben war es nicht immer auszumachen, wo sich der Befragte an Einzelheiten nicht erinnern konnte, wo er nicht wollte und wo ihm, angesichts seiner teils bockigen Antworten, das Verständnis für die Fragen des Gerichtes und somit den Ernst seiner Situation fehlte.

**Geprägt von Alkohol und Diebstählen**

Der letzte Teil seines bisherigen Lebens, das wurde deutlich, war geprägt von Alkoholmissbrauch und Diebstählen, die er auch dann noch beging, wenn er gerade neu verurteilt worden war. So landete er zuletzt im Gefängnis, wo es nach einer gewissen Zeit mit ihm aufwärts zu gehen schien. Doch die Zuversicht, der vorzeitig Entlassene werde den eingeschlagenen Weg weiter gehen, verflüchtigte sich.

Nach zwei Monaten verließ er das Therapiezentrum, in dem er untergebracht war, und kehrte zurück zu seinen Albstädter Kumpanen, mit denen er das alte Leben wieder aufnahm. Es fragte sich daher nicht nur, was ihn bei seiner Tat im Oktober und beim anschließenden Widerstand gegen die Polizei leitete, es stellt sich auch die Frage nach seiner geistigen Verfassung. Sie wird in der Fortsetzung der Verhandlung am 23. Mai zu beantworten sein.

## Landkreis kauft Liegenschaften für 766 000 Euro

**Balingen (bv).** Der Landkreis erwirbt vom Land Baden-Württemberg für insgesamt 792 100 Euro das Straßenmeistereigehöft in Lautlingen, den Stützpunkt in Schömberg sowie die Salzhalde in Oberdigsheim. Dies hat der Kreistag in seiner gestrigen Sitzung beschlossen. Gleichzeitig stimmten die Räte



Der Kreis erwirbt vom Land den Winterstützpunkt Schömberg. Foto: Hauser

für eine überplanmäßige Ausgabe in Höhe von 92 810 Euro, weil im Haushalt für diesen Zweck nur 700 000 Euro zur Verfügung stehen. Wie die Kreisverwaltung darlegt, werden mit dem Kauf jährlich Mietzahlungen von 50 424 Euro eingespart. Außerdem stehe dem Landkreis die Nutzung der ans Bürogebäude in Lautlingen angebauten Wohnung zu. Tenor: Der Kauf rechnet sich.

## Militärgelände statt Bitzwäldle

Neuer Vorschlag für Gefängnisstandort / Versammlung der Grünen

**Rottweil-Zepfenhan.** Das Militärgelände bei Stetten a. k. M. als Alternativstandort für den Gefängnisneubau? Bei der Mitgliederversammlung des Kreisverbands der Grünen kam dieser Vorschlag in der Diskussion mit der BI gegen Großgefängnis auf.

Als Dank für das Ergebnis bei der Landtagswahl richtete der Kreisverband von Bündnis 90/Die Grünen die Mitgliederversammlung im Gasthof Ochsen in Zepfenhan aus. 59,8 Prozent der Stimmen hatte die Partei dort am 27. März eingefahren. Der Einladung waren 200 Bürger der Initiativen »Pro Region Schramberg«, »Pro Mühlbachebene«, der »BI gegen Großgefängnis in Rottweil« und des Vereins zur Erhaltung der Natur- und Kulturlandschaft (NAKU) gefolgt.

NAKU-Vorsitzender Jochen Baumann sah die Wahlentscheidung für die Grünen in Neukirch und Zepfenhan darin begründet, dass sich sowohl Winfried Kretschmann als auch die Kandidaten Alexander Rustler und Carola Oßner für einen neuen Standortschulauflauf auch außerhalb Rottweils eingesetzt hät-

ten. Ingeborg Geckle-Maier machte für die BI deutlich, dass die Haftbedingungen in den Gefängnissen in Rottweil, Villingen oder Hechingen überholt und für eine Resozialisierung unzureichend seien. BI und NAKU würden nur den Standort Bitzwäldle in Frage stellen.

In der Diskussion wurde als Alternative zum Bitzwäldle das Militärgelände bei Stetten a. k. M. angesprochen. Das sei eine Konversionsfläche, wie sie Naturschutzverbände forderten. Für die Initiative »Pro Mühlbachebene« berichtete Martin Lohrmann aus Sulz, dass bis zu 250 Hektar Freifläche auf der Mühlbachebene für die Errichtung von Autoteststrecken der Daimler AG benötigt würde.

Der Versuch, diese auf bestem Ackerboden zu platzieren, stoße bei Bürgern und Landwirten auf Unverständnis. Die Initiative fordere das Unternehmen auf, für dieses Projekt Alternativstandorte zu untersuchen.

Für die Initiative »Pro Region Schramberg« bemerkte Petra Neubert aus Dunningen, Betriebsrätin des Schramberger Kreiskranken-

hauses, dass es den Verantwortlichen im Landkreis an Gestaltungswillen und -kraft fehle. Fast 40 Prozent der Kreisumlage komme aus dem Mittelbereich Schramberg, dennoch werde dieser systematisch benachteiligt. Laut Neubert hätten Oberbürgermeister Herbert O. Zinell und alle Fraktionen des Gemeinderats ihre Unterstützung für das beschlossene erste Solidaris-Modell zugesagt. Vom Landratsamt sei diese Bereitschaft aber nie aufgenommen worden.

So enttäuschend der Bescheid des Regierungspräsidiums über die Rechtmäßigkeit des Klinikverkaufs an Helios gewesen sei, die Diskussion um die Schließung ihres Krankenhauses habe unter den Schrambergern zu großer Solidarität geführt.

Konsens zwischen Bürgerinitiativen und Grünen war, dass in einer modernen Gesellschaft eine Politik des Gehörtwerdens vorherrschen müsse und dass Mehrheitsentscheidungen nur dann akzeptabel seien, wenn überstimmte Minderheiten die jeweiligen Beschlüsse zumutbar tragen könnten.

**Bis zu 175 Euro Jubel-Bonus<sup>2</sup>**

**Ohne Sparkasse fehlt was:  
\* Jubiläumssparen mit  
2,0%<sup>1</sup> Festtagszins p. a.**

**Sparkasse Zollernalb**

<sup>1</sup> Festzinssatz. Mindestanlagebetrag: 2.500 Euro. Maximale Anlagesumme: 50.000 Euro pro Kunde. Laufzeit: 22 Monate. Kündigungssperrfrist: 19 Monate. Kündigungsfrist: 3 Monate. Das Kontingent ist begrenzt.  
<sup>2</sup> Bonusauszahlung zum Vertragsende bei Anlagebeträgen: 2.500 bis 19.999 Euro: 25 Euro Bonus; 20.000 bis 39.999 Euro: 100 Euro Bonus; 40.000 bis 50.000 Euro: 175 Euro Bonus.